Einfache Lösungen bei der Rückführung gibt es nicht

BT 24.01.12

Delegation des Landtags unter Leitung von Beate Böhlen besucht das Kosovo und sieht vor Ort viele diskussionswürdige Schicksale

Von Brigitte J. Henkel-Waidhofer

Pristina/Stuttgart – Fraktionsübergreifend möchte der erste Ausschuss des baden-württembergischen Landtags, der unter den neuen politischen Verhältnissen auf Reisen geht, Zeichen setzen. Und das beim kontroversen Thema der Rückkehr von kosovarischen Kriegsflüchtlingen in ihre alte Heimat auf dem Balkan. Oppositions- und Regierungsabgeordnete wollen vor allem mit Blick auf die betroffenen Kinder und Jugendliche gemeinsame Positionen formulieren.

Gut ein Dutzend Termine absolvieren die Ausschussmitglieder, es wird viel diskutiert und überlegt. Die Positionen driften nicht weiter auseinander, sondern nähern sich angesichts der Realitäten im ärmsten Land Europas eher an. Vor allem weil es schwierig ist, Informationen auf ihre Belastbarkeit zu prüfen.

In einem von einem Roma-Clan betriebenen und von Deutschland mitfinanzierten neuen Internet-Café beteuert ein junger Mann, der in Niedersachsen geboren wurde, in Deutschland die neunte Klasse besucht und hier keine Chance mehr auf einen Schulbesuch zu haben. Weil er nicht Albanisch könne, sagt er zuerst. Weil sein Albanisch nicht gut genug sei, sagt er später. Zwei Schwestern und ein Bruder sind in Deutschland geblieben, die Mutter will mit einem Besuchervisum wieder zurück und „sicher nicht im Kosovo sterben".

Der Delegation unter Führung der neuen Baden-Badener Grünen-Abgeordneten Beate Böhlen wird deutlich, dass es keine einfache Lösung geben kann bei der Rückführung von Menschen, die zum Teil seit mehr als zehn oder fünfzehn Jahren in der Bundesrepublik leben. Zumal viele von ihnen auch noch Verwandte unterstützen. Ein Teufelskreis schließt sich, wenn sie Deutschland verlassen müssen und kein Geld mehr dorthin schicken können. Zugleich allerdings hat sich Kosovo in einem Abkommen zur Repatriierung Tausender verpflichtet.

Aus dürren Formulierungen werden Schicksale, wenn der Vater von seiner Rückkehr in die alte Heimat erzählt, weil die Suche nach einem besseren Leben in Köln erfolglos blieb. Davon, dass er jetzt mit seiner Familie von fünf Euro Tageslohn lebt. Ein Liter Milch kostet 80 Cent. Ihr Haus hat 55 Quadratmeter, der Holzherd steht im einen Zimmer, die Spüle im anderen. Ob die Söhne wirklich in den Kindergarten und die Schule gehen, bleibt im Dunkel.

Ein Problem: Wollen abgeschobene Roma, die Ende der 80er Jahre zunächst zwangsserbisiert und vertrieben wurden, ihre Kinder nicht in die Schule schicken? Oder können sie nicht, weil ihnen das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung abhanden gekommen ist? Wollen sich in Deutschland geborene Kinder, die in der sechsten Klasse oder noch später aus Schule und Freundeskreis gerissen wurden, im fremden Land integrieren? Oder können sie gar nicht, weil der Schock über ihre dramatisch veränderten Lebensverhältnisse zu tief sitzt?

Eine Antwort darauf hat die Diakonie Trier. Intensiv werden die Verhältnisse rückzuführender Familien durchleuchtet, solange sie noch in Deutschland sind. Zu diesem Zeitpunkt kann der Wahrheitsgehalt der Angaben, zum Beispiel zu Schulbesuch oder Krankheiten, noch überprüft werden. Dann lässt die Diakonie durch eigene Beschäftigte die Situation vor Ort im Kosovo recherchieren. Die Verantwortlichen aus Trier wollten ihre Arbeit vor drei Jahren dem Regierungspräsidium in Karlsruhe präsentieren und auf Baden-Württemberg ausdehnen. Eine Zusammenarbeit kam nicht zustande.

Das soll sich jetzt ändern. Die Abgeordneten aller vier Fraktionen werden die Landesregierung auffordern, die Umsetzung zu prüfen. Eine Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen im Ausschuss Anfang März ist bereits formuliert.